

Birger Priddat u.a.:

„Bildung für die Arbeits- und
Wissengesellschaft“

Autoren des Manifestes

Dr. Christoph Ehmann,
Staatssekretär a.D., Berlin

Prof. Dr. Birger Priddat,
Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Universität Witten/Herdecke

Heinz Putzhammer,
Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, Berlin

Wolf Jürgen Röder,
Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, Frankfurt a.M.

Dr. Cornelius Schley,
Niedersächsische Staatskanzlei, Hannover

Prof. Dr. Hermann Schwengel,
Institut für Soziologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Nikolaus Simon,
Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

Jürgen Walter,
Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes IG Bergbau Chemie Energie, Hannover

Dr. Klaus - W. West,
Institut für Soziologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Koordinierung:

Dr. Klaus - W. West
Institut für Soziologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Rempartstr. 15, 79085 Freiburg, email: klaus.west@t-online.de

I. Herausforderungen

Vergleichende Untersuchungen und internationale Studien bringen es an den Tag, Sachverständigenräte und Foren für Bildung verbreiten die Diagnose: Die Bildung in Deutschland ist nicht in bester Verfassung. Keine Position in den Bildungsdebatten der letzten Jahrzehnte kann sich uneingeschränkt bestätigt fühlen. Die Qualifikation ist unzureichend: Zu viele verlassen die Bildungseinrichtungen vorzeitig oder ohne ausreichende berufliche Qualifikation. Die Chancen sind nicht gerecht verteilt: sozial benachteiligte Kinder haben generell viel schlechtere Bildungschancen als ihre Altersgenossen. Die regionalen Ungleichheiten bei der Verteilung von schulischen Chancen sind erheblich. Das gegliederte Schulsystem wirkt hochgradig selektiv. Im Bildungswesen wird zu wenig international gedacht und gehandelt.

Mitten in der Weltwirtschaftskrise ist auf der anderen Seite der massive Bildungsbedarf der entstehenden Wissensgesellschaft nicht zu übersehen. Offenbar wird vor allem: es wird nicht das Richtige gelernt, es werden zu wenig Zukunftsvorbereitungen getroffen und das Lernen des Lernens wird nicht gezielt angegangen. Bildungspolitik muss der unumstößlichen Tatsache Rechnung tragen, dass es für die Bürgerinnen und Bürger, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entscheidend werden wird, sich Wissen anzueignen und Wissen selbst erarbeiten zu können. Wissen wird immer in Gesellschaft mit anderen selbst hergestellt. Deshalb ist damit auch eine neue Form der Solidarität verbunden.

Entziehen kann sich der Debatte niemand mehr. Es wird aber auch nicht ausreichen, einige bildungspolitische Gemeinsamkeiten zu formulieren und frühe Förderung und Weiterbildung, Ganztagschule und gesteigerte Bildungsbeteiligung, bessere Betreuung und neue Medien, Werte und Effizienz hochleben zu lassen. Vielmehr muss statt der nur bildungspolitischen eine gesellschaftspolitische Debatte geführt werden. Denn Bildungspolitik prägt nicht nur die Bildungseinrichtungen, sondern beeinflusst auch, wie wir arbeiten und leben werden, welche soziale Gestalt die entstehende Arbeits- und Wissensgesellschaft gewinnt und wie die Chancen der Globalisierung ergriffen werden können. Dazu muss die Bildung nicht neu erfunden werden und nichts spricht gegen entschlossene Sofortmaßnahmen. Die Richtung aber müssen die Leitideen der Ganztägigkeit und der Dualität, der flexiblen demokratischen Steuerung und der massiven Investitionssteigerung im Bildungsbereich angeben. Und es wird dann darauf ankommen, die Leitideen schärfer zu fassen und dem rauen Wind gesellschaftspolitischer Debatten auszusetzen.

Bildung ist ein Wachstumstreiber moderner Wirtschaftsgesellschaften. Wir stehen an dem Wendepunkt, Bildung nicht mehr nur als Kostenfaktor, sondern als Investition zu behandeln. Bildungsausgaben sind Investitionen in die künftig wichtigste Ressource der Wissensgesellschaft. Investitionen zahlen sich aus: im Erhalt der Einkommensfähigkeit der Bürger. Was wir jetzt nicht in die Bildung investieren, wird in Zukunft nicht nur unsere Leistungsfähigkeit und Wertschöpfung beeinträchtigen, sondern auch die Staatseinkommen mindern. Im Bildungsbereich produziert der Staat ein öffentliches Gut, dessen Qualität und Dimension die Basis für künftige Leistungspotentiale der Wirtschaft bildet. Je stärker moderne Gesellschaften zu Wissensgesellschaften werden, um so wichtiger wird die Bildung auf allen Ebenen. Die Bildungsfrage wird die neue soziale Frage: Wer bekommt welche Chancen der Teilnahme an der Wissensgesellschaft?

Damit ist die Bildungsfrage eine Verteilungsfrage erstens Ranges. Teilnahmechancen müssen auch gegen etablierte Vermögens- und Einkommensbestände bereitgestellt werden, es müssen zweite und dritte Chancen geschaffen werden und einer wirklichen Verteilungsdebatte darf nicht ausgewichen werden. Solche Tabus können wir uns nicht mehr leisten. Zugleich stehen bloße Korrekturen der Marktergebnisse unter dem erhöhten Begründungszwang, warum zuvor kein selbstregulativer Mechanismus institutionalisiert worden ist. Die Vermittlung von Investitions- und Gerechtigkeitsdimensionen der Bildung bedarf der starken politischen Anstrengung, sie fällt niemandem zu.

II. Neue Schwerpunkte: Ganztägigkeit, Dualität, flexible Steuerung

1. Ganztägigkeit – Voraussetzung für erfolgreiche Bildungs- und Qualifizierungsprozesse

Ganztägigkeit ist die Bedingung für eine neue Lern- und Lehrkultur. Sie schafft die erforderliche Zeit und den notwendigen Raum. Ganztägige vorschulische und schulische Einrichtungen müssen sich um Kinder, Schülerinnen und Schüler mit ihren konkreten Voraussetzungen, Erwartungen und Problemen kümmern. Ganztägigkeit ist schlicht die Voraussetzung für eine grundlegende Veränderung des Lernens. Sie darf sich nicht in einer Verlängerung der Aufenthaltsdauer von Schülerinnen und Schülern in der Schule und der Ausweitung von Betreuungsangeboten erschöpfen.

Neues Lernen. Schülerinnen und Schüler müssen das Lernen lernen. Nicht nur, was man weiß, ist entscheidend, sondern vor allem, wie man Wissen jederzeit erwerben kann. Gegenwärtig wird selbständiges Lernen nicht gefördert. Die Schüler lernen heute in der Schule zuviel, aber sie lernen nicht das Richtige. Wir sind noch weit davon entfernt, die Möglichkeiten des Lernens zu nutzen.

PC-Kenntnisse reichen nicht aus. Es ist notwendig, den Schülerinnen und Schülern PCs und Internetanschlüsse zur Verfügung zu stellen. Die fachkundige Benutzung eines Computers aber ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, sich in der Wissensgesellschaft zurechtzufinden. PCs sind Wissens-Zugangs-Medien. Das Internet-Klavierspielen muss gesondert gelehrt und geübt werden. Das führt zu einer Veränderung des Lernens. Deshalb darf es nicht sein Bewenden damit haben, Buchseiten in elektronischer Form anzubieten oder den Frontalunterricht durch dirigistische Lern-Programme zu ersetzen.

Entscheidungen treffen können. Junge Menschen müssen lernen, zunehmend selbst Entscheidungen für ihre Lernprozesse zu treffen. Sie müssen auf Wahlprozesse vorbereitet werden und in der Reflexion des eigenen Verhaltens - im Unterricht oder in sonstiger Verbindung mit der Schule - Unterstützung finden. Es kommt darauf an, nicht nur Wissen, sondern Kompetenzen zu erwerben: zu wissen, zu können und zu zeigen.

Moderatoren. Dies verändert die Rolle der Lehrerinnen und Lehrer. Um Schülerinnen und Schüler in ihrem Lernen, in der Lernorganisation und den Lernprozessen zu unterstützen, müssen sie als Moderatoren stärkere Verantwortung für die Gestaltung der Schule und der Lernprozesse übernehmen. Dazu muss ihnen eine selbstverantwortliche inhaltliche Gestaltung des Unterrichts ermöglicht werden. Auch müssen sie die Chance erhalten, zeitweise die Tätigkeit zu wechseln. Das verlangt eine Neuordnung der Lehrerbildung und eine Erweiterung des Berufsbildes.

Dafür ist die herkömmliche Organisation der Schule ungeeignet. Innovative Lehrziele und die Förderung selbständigen Denkens und Handelns vertragen sich nicht mit der herkömmlichen Organisation des Lehrstoffes, des Stundenplanes und der Entscheidungskompetenzen. Eine Vielfalt unterschiedlicher Arbeitsformen sollte standardisierte Unterrichtszeiten ablösen: den Schulen könnte ein Zeitbudget zur Verfügung gestellt werden, über das die Schule entscheidet. Schulen sollten zu Ganztagschulen bzw. zu Schulen mit Nachmittagsangeboten entwickelt werden.

Mehr Autonomie. Die Schulen brauchen hinreichend Freiraum für Anpassungen an ihre spezifische Programmatik, zur Veränderung von Organisation, Unterricht und dem Leben außerhalb des Unterrichtes. Folglich müssen Entscheidungskompetenzen der Schulaufsicht und Schulverwaltung in die Schule verlagert werden: die Organisation des Schulalltags, das Schulprogramm, weitgehende Entscheidungsmöglichkeiten über Finanzen und bei der Personalauswahl. Nicht nur die Arbeit zwischen Schule und Eltern, sondern auch diejenige zwischen Schule und Gesellschaft gilt es neu zu verteilen. Eine eigenverantwortliche Schule wäre in der Lage, auf die regionalen wie lokalen Rahmenbedingungen der Schule und die individuellen Verhältnisse ihrer Schülerinnen und Schüler einzugehen. Sie könnte zugleich die spezifischen lokalen Ressourcen besser nutzen als eine zentral gesteuerte Schule.

Wählen, differenzieren und fördern. Mehr Selbständigkeit und Freiheit muss durch mehr Wettbewerb zwischen den Schulen ergänzt werden. Die Eltern müssen in der Lage sein, zwischen den verschiedenen entwickelten Schulprofilen das geeignete für ihr Kind auszuwählen. Mehr Wettbewerb ist auch ein Mittel der Qualitätskontrolle und damit der Qualitätsentwicklung. Es gilt aber nicht nur zwischen den Bildungseinrichtungen, sondern auch innerhalb der einzelnen Bildungseinrichtungen die Potenziale zu differenzieren und spezifisch zu entwickeln. Nicht alle Kinder sind gleichermaßen begabt, nicht jeder Jugendliche braucht die gleichen Lernprogramme. Differenzierte Förderung ist notwendig, um Schwächen zu mindern und Stärken zu entwickeln. Aber Förderung muss sich der Tatsache endlicher Möglichkeiten stellen. Ungleiche Voraussetzungen werden stabilisiert, wenn alle gleich behandelt werden. Die Förderung der Chancengleichheit darf nicht zur Gleichbehandlung aller verkommen.

Gesellschaftliche Folgen der Ganztätigkeit. Ganztätigkeit ordnet das Verhältnis von Bildung, Erziehung und Familie neu. Die Zuständigkeit der Familie für die Erziehung und die der Schule primär für den Wissenserwerb ist in Frage gestellt: die Erziehungskraft der Familie hat angesichts zahlreicher „Miterzieher“ in der Gesellschaft nachgelassen, die in der Gesellschaft wirksamen Vorstellungen sind heterogener, die Voraussetzungen, mit denen die Kinder in Kindergärten und Schule kommen, komplexer. Viele Kindergärten und Schulen entlasten die Familien gegenwärtig nicht. Statt Zeiträume für die Familien und Erwerbsarbeit zu schaffen, schränken sie diese ein - insbesondere die Möglichkeit von Frauen, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen. Ganztägige private und öffentliche Krippen- und Kindergartenplätze sowie Schulen, die die neuen Herausforderungen an Erziehung wahrnehmen können und neues Lernen fördern, in ausreichender Zahl sind deshalb unverzichtbar.

Zielvereinbarungen. Die verfügbaren Mittel für die Bildung müssen effektiver und effizienter eingesetzt werden. Die mit beachtlichem Erfolg erprobten Instrumente Budgetierung und Zielvereinbarung sollten verstärkt genutzt

werden. Das Verfügbare kann verteilungsgerechter eingesetzt werden, wenn die Benachteiligung der Bildungswege, die über die Hauptschulen zu Abschlüssen im dualen System führen, gegenüber denen, die über Gymnasien zu Hochschulabschlüssen führen, aufgehoben wird.

2. Dualität – Prinzip des Wechsels

Lernen geschieht, um leben zu können, um die Welt zu begreifen und mitzugestalten. Dualität als Prinzip des Wechsels von Lernen und Handeln ist deshalb für alle Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule und zum Lernen in und neben der Berufstätigkeit grundlegend. Ganztägigkeit des Lernens in den Bildungseinrichtungen schafft dafür den Raum. Die kommunale Einbindung von Kindergärten und Schulen ist dafür die Voraussetzung. Die Reform der Lehreraus- und fortbildung wird unaufschiebbar. Die Hochschulen werden sich ihrer Aufgabe, auch Einrichtungen der Berufsbildung zu sein und dafür angemessene Formen der Zusammenarbeit mit den späteren Arbeitgebern ihrer Absolventinnen und Absolventen zu finden, nicht länger verschließen können. Der Wandel der Arbeit fordert aber auch das bewährte Prinzip der dualen Ausbildung heraus. Diskontinuierliche Erwerbsbiographien und lebenslanges Lernen erfordern ein erweitertes Verständnis von Dualität. Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft wird sich duales Lernen nicht mehr auf die Phase der beruflichen Ausbildung begrenzen lassen, sondern das gesamte Berufsleben durchziehen. Dualität wird zu einem Prinzip des geordneten Wechsels von Arbeits- und Lernmilieus, der die Unterscheidungen von Betrieb und Nichtbetrieb, betrieblicher und überbetrieblicher Ausbildung verwischt.

Biographien des lebenslangen Lernens, „Bildungsketten“. Der häufige Wechsel von Arbeitgebern, der wiederholte Abbruch von sich entwickelnden Arbeitsbeziehungen rückt die Erfahrung des permanenten Wechsels in den Mittelpunkt von Berufsbiographien. Die Vielzahl von Beschäftigungen schafft keinen Kontinuität und Sinn stiftenden Berufsverlauf, sondern die permanente Erfahrung von Unterbrechungen und Brüchen. Erzwungene Wechsel müssen sich nach dem Vorbild von „Wertschöpfungsketten“ in einer sinnvollen Abfolge von Bildungsereignissen - „Bildungsketten“ - verarbeiten lassen. Lebenslanges Lernen muss die einzelnen Glieder dieser Kette, sprich: Bildungs- und Berufserfahrungen, miteinander verknüpfen und einen Bildungsmehrwert erzeugen können. Nur wenn auch Menschen, die keine attraktive und stabile Beschäftigung haben, Bildungs- und Erfahrungskapital anhäufen und Ansprüche auf soziale Sicherheit erwerben können, wird eine Alternative zu herkömmlich verteilten Bildungs- und Beschäftigungschancen geschaffen.

80.000 Dollar. Zugespielt: wenn man die Erfahrungen und Perspektive von Arbeitsverhältnissen, die nicht mehr dem Normalarbeitsverhältnis entsprechen, für strukturbildend hält, macht es Sinn, in die Individuen zu investieren. Der Yale-Professor Bruce Ackerman hat vorgeschlagen, in jeden jungen Menschen nach der Pflichtschulzeit 80 000 Dollar zu investieren. Darin steckt die Hoffnung, dass viele dieses Kapital als Investition in ihre Zukunft ansehen und überlegt mit ihrem Leben umgehen werden.

Ein regionaler Bildungsraum ... In Europa ist eine solche Investition sehr wohl vorstellbar, wenn sie in moderne Gemeinwohlstrukturen eingebettet ist. Von „lernenden Regionen“ wissen wir, dass die Schaffung neuer Bildungskontexte für die Bewältigung bestimmter Probleme wie des Strukturwandels und bei der Unterstützung bestimmter Gruppen wie „Lernschwachen“ oder „schwer Qualifizierbaren“ erfolgreich sein können. Neue Bildungskontexte können geschaffen werden, wenn getrennt operierende Institutionen wie öffentliche Stellen, kommerzielle Anbieter und Non-Profit-Organisationen im Bildungs- und Qualifizierungsbereich koordiniert zusammenarbeiten. So kann ein regionaler Bildungsraum mit differenzierten Angeboten und Hilfestellungen entstehen, der mit Hilfe und Beratung all jenen zur Verfügung steht, die sich aus eigener Kraft kein kohärentes Berufsleben schaffen können. Auf einen solchen Raum sind aber auch viele angewiesen, die ihr berufliches Leben ändern und sich für andere Tätigkeiten weiterbilden wollen.

... und regionale Innovationskonferenzen. Regionale Innovationskonferenzen, in denen Arbeitsmarktpolitik, Bildung, Weiterbildung, Wirtschaftsförderung und soziale Sicherheit zusammengeführt werden, sollten dem Prinzip der Dualität institutionelle Stabilität verleihen. Es geht um die Verknüpfung von Arbeit, Bildung und sozialer Sicherheit. Das wirtschaftliche und soziale Leben in der Region wird auf diese Weise Gegenstand von Bildung und Wissen. Bildung und Wissen werden damit für Kinder, Jugendliche und Erwachsene erkennbar lebensrelevant.

Dualität verlangt Bildungskonten. Die breit diskutierten Ansätze des Bildungssparens, des Bildungsdarlehens und des Bildungsgutscheins sollten zu einem einheitlichen Instrument, dem Bildungskonto, zusammengefasst werden, um dem Prinzip der Dualität eine finanzielle Basis zu geben.

3. Flexible Steuerung - gegen vielfältige Formen sozialer Ungleichheit

Auf die Schulen werden neben den Aufgaben der Wissensstoffvermittlung die Aufgaben der Vermittlung der Lernfähigkeit und der Erziehung zukommen. Mehr als bisher wird es auch von ihnen abhängen, soziale Gerechtigkeit herzustellen und Chancengleichheit zu realisieren. Dazu müssen sie in die Lage versetzt werden, so

zu reagieren, wie es ihrem Umfeld angemessen ist. Und nicht nur angesichts der finanziellen Engpässe des Staates ist die zusätzliche Einstellung von Psychologinnen und Psychologen etc. keine realistische Lösung. Erziehung wird zur Aufgabe von Lehrerinnen und Lehrern.

„Was tun Sie für Ihre Schule?“ Die Schule muss die Entscheidung über die Auswahl der Aufgaben, die sie vorrangig anzugehen hat, für sich selbst vor Ort treffen können. Zum Beispiel mit Blick auf den Anteil von Immigrantenkinder oder die Auswirkungen der wachsenden Heterogenität von Elternerwartungen. Deshalb muss die Schule mehr zur Sache der Schüler, der Eltern und des Umfeldes werden. Die Interessen der Schulgemeinde wie auch des Umfeldes sollten in einem „School-Board“ repräsentiert werden. Evaluationsverfahren könnten sicher stellen, dass die Perspektive der „Kunden“ einbezogen wird. Damit läge die Frage auf dem Tisch, was umgekehrt Schüler, Eltern und die Gesellschaft für die Schule zu tun bereit sind.

Soziale Ungleichheit immer mit am Tisch. Verminderte Ressourcen erlauben dem Staat dennoch nicht, sich seiner Finanzierungs- und Verteilungsaufgaben zu entziehen. Der Verzicht auf gezielte und kostenträchtige Förderung bestimmter Gruppen führt zu einer nur scheinbar gerechten Gleichbehandlung, die jedoch die gegebenen Ungleichheiten stabilisiert. Bei Bildungsfragen sitzt die Ungleichheit gewissermaßen immer „mit am Tisch“. Groß ist die Gefahr, dass Bildung soziale Ungleichheit verfestigt.

Unterschiedliche Zeithorizonte. Verlockend wäre es, für lernschwache Jugendliche nur verkürzte Ausbildungsgänge anzubieten. Kurzfristig wäre damit Jugendlichen, die dringend eine Lehrstelle suchen, geholfen. Auf Dauer schreibe es jedoch ihre Lerndefizite, ihr geringes Einkommen und gesellschaftliches Ansehen fest. Hilfsmaßnahmen, die auf kurzfristigen Erfolg aus sind, sind nur dann überzeugend, wenn sie auch Wege beschreiben, die mittelfristig Lernprozesse, Aufstieg und gesellschaftliche Anerkennung ermöglichen.

Angebotsmacht der Bildung. Wenn Bildung ihre soziale Kraft entfalten soll, darf sie nicht an die Vorstellung eines in qualifizierte und unqualifizierte Arbeit gespaltenen Arbeitsmarktes gekoppelt werden. Bildung wird nur dann ihren Eigensinn und ihre Angebotsmacht entfalten können, wenn sie auf die Nachfrage von privaten und öffentlichen Unternehmen stößt, die sozialen, organisatorischen und strukturellen Innovationen zugänglich sind. Ein Innovationsprozess, der in den Unternehmen die Entfaltungsmöglichkeiten menschlicher Fähigkeiten verbessert, regionale Innovationskooperationen und Existenzgründungen einschließlich neuer Formen der Freiberuflichkeit unterstützt, könnte die Angebotsmacht der Bildung stärken.

Eine zweite Chance. Förderung und Chancengleichheit müssen jedoch auch kurzfristige Wirkung entfalten. Es geht generell um eine zweite Chance. Ungleiche Chancen müssen in verschiedenen Lebensphasen ausgeglichen werden: frühe Förderung in Kindertagesstätten, Förderung in der Grundschule, eine Berufsausbildung von Jugendlichen, die einer besonderen Förderung bedürfen, Qualifizierung von jungen Erwachsenen ohne Beruf wie in „Schulen der zweiten Chance“.

Regionale und städtische Gerechtigkeit. Der den Schulbezirken zugrunde liegende Gedanke der sozialen Durchmischung wird mehr und mehr in Frage gestellt. Es ist nicht nur die generelle soziale Ungleichheit in Stadt und Region, sondern es sind auch die Gestattungsanträge von Eltern, die sich um die Zukunft ihrer Kinder sorgen, die zur Spaltung der Schullandschaft in „Ghettoschulen“ und „Elitenhäuser“ beitragen. Der Staat muss ein geordnetes Freigabeverfahren schaffen, das jedoch das Ziel gut und schnell erreichbare Grundschulen in jedem Stadtteil nicht in Frage stellt.

Flexible Steuerung. Bildungsgerechtigkeit herzustellen ist staatliche Aufgabe. Es soll aber auch auf die Initiative von Unternehmen gesetzt werden. Jedoch darf die Verwirklichung von Bildungsansprüchen nicht dem Zufall überlassen bleiben. Es darf nicht das „Glück“ eines Arbeitnehmers sein, bei einem Unternehmer beschäftigt zu sein, der sich für die Weiterbildung seiner Beschäftigten engagiert. Der Grundsatz der Chancengleichheit gebietet es, Bildungsansprüche für alle Beschäftigtengruppen, wenn sie nicht tarifvertraglich geregelt werden können, gesetzlich festzuschreiben.

Flexible Steuerung verlangt Eigenbeteiligung. Der Streit um Prozentzahlen in der Eigenbeteiligung in der Weiterbildung führt in eine Sackgasse. Der Erfolg von Weiterbildungsmaßnahmen hängt nicht vom Grad der Eigenbeteiligung an der Maßnahme ab, sondern von der Qualität der Lernprozesse. Eine hohe Eigenbeteiligung würde vor allem sozial schlechter Gestellte abschrecken. Deshalb sollte über ein erfolgsorientiertes Kontrollsystem nachgedacht werden, das den Grad der finanziellen Beteiligung vom Erfolg der Maßnahme abhängig macht.

III. Bildungspolitische Konflikte und Nicht-Konflikte

Eine Bildungspolitik, die neuen bildungspolitischen Schwerpunkten folgt, wird Konflikte verursachen. Es muss mit Widerständen von verschiedenen Seiten sowie mit einem Aufschrei über die zu investierenden Summen

gerechnet werden. Wenn man gesellschaftspolitisch der Bildung einen Vorrang einräumt, muss dies entsprechende finanzpolitische Konsequenzen haben. Die derzeitigen Investitionen in Bildung tragen dem noch nicht Rechnung. Gemessen an den Bedarfen der Ganztagigkeit, der Dualität, der Qualitäts- und Kompetenzerhöhung und der Chancengleichheit ist die Bildung derzeit stark unterinvestiert.

Aber schlimmer als diese Widrigkeiten wird nur eins sein: Konflikte zu vermeiden, Entscheidungen zu vertagen und nichts zu riskieren. In diesem Fall werden sich Lösungen durchsetzen, die keiner will. Bessere Bildung ist nötig und möglich und ihre Ziele erreichbar. Aber es reicht nicht aus, mehr vom schon Vorhandenen zu fordern. Die Wissensgesellschaft fordert andere Investitionen in Bildung: vom Staat, von der Gesellschaft, von den Individuen selber.

Das 19. Jahrhundert hat dem Bildungswesen von der Volksschule für alle über die Differenzierung der weiterführenden Schulen bis zur Reform der Hochschule und zur „Erfindung“ der beruflichen und politischen Weiterbildung enorme Impulse gegeben. Im 20. Jahrhundert wurden diese Ideen abgearbeitet. Außer einer Verbreiterung der Bildungsangebote wurden kaum innovative Ideen realisiert. Im Gegenteil: das dreigliedrige Schulwesen hat alle gesellschaftlichen Revolutionen und Konterrevolutionen - 1918, 1933, 1945 und 1989 - nahezu unverändert überstanden, obwohl es in Struktur und Gedankenwelt unzweifelhaft einer feudalen Gesellschaftsordnung verhaftet geblieben ist.

Im 21. Jahrhundert beginnen wir, die Defizite zu spüren, und sind in der Pflicht, neue Bildungsinvestitionen zu leisten, die die Qualität der Jahrhundertinvestition des 19. haben. In diesem Prozess individuelle Emanzipation und Solidarität zusammenzuführen, ist die gesellschaftspolitische Frage schlechthin.